

Neustadt-  
Dresden,  
Markt, Nr. 2,  
in der Ver-  
lags-Expedi-  
tion zu haben.

# Sächsische Dorfzeitung.

Preis:  
vierteljährlich  
12½ Rgr. Zu  
beziehen durch  
alle Post-An-  
stalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur: Friedrich Walther.

Verlag von Heinrich und Walther.

## Politische Weltschau.

**Deutschland.** In der Frankfurter Oberpostamtszeitung, dem halbofficiellen Organe der neuen Bundescommission, fährt der vormärzliche badensche Minister, Freiherr v. Blittersdorf, fort, fast alltäglich dem Absolutismus eine Lobrede zu halten und dem Repräsentativ-Systeme der kleineren deutschen Staaten den Krieg zu erklären. Wenn es nach den Ansichten dieses Diplomaten gehen sollte, so müßte die Bundescommission in den kleineren Staaten mit den Kammern überall tabula rasa machen und ihre Mitglieder auseinanderjagen. Solche Ideen an solchem Orte ausgesprochen, mußten natürlich überall den größten Argwohn gegen die neue Bundescommission erregen; die Presse eröffnete den Feldzug gegen den alten Diplomaten, und dieser sah sich endlich selbst veranlaßt, zu erklären, daß seine Artikel nur seine eigene Meinung repräsentieren und mit der Bundescommission nichts zu schaffen haben. Wenn dies wahr ist, und Viele zweifeln daran, denn einem Diplomaten glaubt man nicht immer aufs Wort, so muß man sich billig wundern, daß die Bundescommission die „Bekanntnisse der schönen Seele eines zur Ruhe gesetzten Staatsmannes“ in ihrem halbofficiellen Organe erscheinen läßt. Der Verdacht, daß zwischen den Blittersdorfschen Ideen und den Ansichten der Bundescommission einige Uebereinstimmung herrsche, besteht daher noch fort. — Von der Thätigkeit der Bundescommission berichtet man neuerdings, daß die Regierung von Mecklenburg-Schwerin von ihr angewiesen worden sei, in der Verfassungsangelegenheit nicht weiter vorzuschreiten. Die reactionäre Partei der Ritterschaft, welche längst gegen die dortige freisinnige Verfassung kämpft, hat demnach, wie es scheint, in Frankfurt a. M. auf Unterstützung zu rechnen.

In **Baiera** hat die Judenemancipationsfrage eine ungemaine Aufregung hervorgerufen; es sind bereits 270 Adressen gegen die für die Israeliten günstigen Beschlüsse der Abgeordneten-Kammer bei der Kammer der Reichsräthe eingelaufen. Die Pfaffen wirken am meisten gegen die von der Humanität und Gerechtigkeit geforderte Gleichberechtigung eines seit Jahrhunderten unterdrückten Volksstammes. — In **Hannover** ist die deutsche Frage für die Minister glücklich umschifft worden. Das Dreikönigsbündniß hat auch unter der dortigen Volksvertretung keine Majorität gefunden. Aehnlich wird es auch in Sachsen ergehen, wo die neuesten Berliner Verfassungswirren die Schwärmer für den Dreikönigsbund wohl endlich zur Einsicht und Besinnung bringen werden.

Aus **Schleswig-Holstein** lauten die Nachrichten in letzterer Zeit wieder sehr trübe. Die Hoffnung, daß Dänemark sich zu Concessionen herbeilassen werde, scheint nicht in Erfüllung zu gehen; vielmehr wird es immer wahrscheinlicher, daß eine Wiederaufnahme des Krieges im nächsten Frühjahr nicht zu umgehen ist. Das Treiben der Landesverwaltung wird mit jedem Tage schlimmer, und es ist ein wahres Wunder, daß der passive Widerstand der deutschen Bevölkerung noch nicht in einen thätlichen übergegangen ist. In **Angeln** droht es dahin zu kommen; dort wohnt ein kräftiges und einfach-bieheres Bauernvolk, das seine Rechte

nicht länger mit Füßen treten lassen will. Die schwedische Execution, welche man auf die dortigen Güter gelegt, wurde von den Bauern höflich, aber dabei nachdrücklich wieder nach Hause geschickt. Wenn die Landesverwaltung größere Truppenabtheilungen dahin senden will, so kann es dort am allerersten zum thätlichen Widerstande kommen.

**Preußen.** Die Befürchtungen über das Schicksal der revidirten Verfassung sind nur zu sehr eingetroffen; der König wird den Eid auf letztere am 18. Januar nicht leisten, und die Minister sind mit einer neuen Botschaft des Monarchen vor die Kammern getreten, welche eine abermalige Abänderung des octroyirten und revidirten Verfassungswerkes in den wichtigsten Bestimmungen fordert. Wir haben niemals an die aufrichtig constitutionelle Gesinnung des Königs von Preußen geglaubt, und dies wiederholt offen ausgesprochen; uns hat daher dieses Experimentiren der Berliner Staatskünstler in keiner Weise überrascht. Hoffentlich aber werden durch dieses neue Manöver auch Diejenigen endlich belehrt werden, welche wirklich daran geglaubt haben, daß es der preussischen Regierung Ernst sei, ein wahrhaft constitutionelles Staatsleben zu begründen und so den gerechten Forderungen des Volkes zu genügen. Ein flüchtiger Rückblick auf die letztverfloffenen drei Jahre reicht aus, um die Characterlosigkeit der preussischen Regierungspolitik in das rechte Licht zu stellen und ihre gänzliche Haltlosigkeit darzuthun. Am 3. Febr. 1847 war es, als die seit 1815 versprochene und vom Volke wiederholt und dringend geforderte Verfassung erschien, welche zum ersten Male die Vertreter des gesammten Landes zu einem „Vereinigten Landtage“ berief. Diese mit vielem Pomp eröffnete Versammlung, deren Mitglieder der König mit dem warnenden Zurufe (am 11. April 1847) empfing, daß sie sich nicht gelüßen sollten, die Rolle „sogenannter Volksrepräsentanten“ zu spielen, genügte nicht mehr, als die Stürme der Märzrevolution hereinbrachen und sich die Volkswünsche in wenig Tagen mehr praktische Geltung zu verschaffen wußten, als in den letzten dreißig Jahren. Der Landtag beschloß selbst die Einberufung einer constitutionellen (gesetzgebenden) Versammlung, welche die Verfassung des Landes feststellen sollte. Die Constituante wurde am 28. Mai 1848 in ziemlich schmuckloser Weise eröffnet; schon ihre Berufung war der Regierung zuwider, und ihre entschiedenen freisinnigen Zusammensetzung mißfiel der Krone nicht minder. Die Versammlung tagte bis Ende October, als der Telegraph den Fall Wien's berichtete und die Actien des Absolutismus mit einem Male von Neuem in die Höhe gingen. Das Schicksal der Volksvertretung war nun entschieden. General Wrangel ritt auf seinem grauen Schimmel durch das Charlottenburger Thor in Berlin ein, ihm folgte eine starke Militärmacht. Die Hauptstadt wurde in Belagerungszustand erklärt und mit Kanonen umzingelt, die constituirende Versammlung verjagt und ihre Sitzungen nach Brandenburg verlegt, nachdem man vorher die Abgeordneten mit Bajonetten auseinandergetrieben hatte. Als in Brandenburg durch den Zutritt der Linken die Constituante am 27. Nov. wieder vollzählig war, erfolgte wenige Tage darauf die förmliche Auflösung der Versammlung. Die Regierung